„Peak Green“ im Westen: was das für den Osten bedeutet

geschrieben von Chris Frey | 19. Juni 2023

[Tilak Doshi](#), Forbes

Die jüngsten politischen Ereignisse sowohl in der EU als auch in den USA signalisieren „Peak Green“. Im Gegensatz zu „[Peak Oil](#)“, dessen Zeitpunkt trotz vieler früherer zuversichtlicher Vorhersagen nie gekommen zu sein scheint, scheint „Peak Green“ jetzt zu erfolgen, in Echtzeit. Was genau ist Peak Green? Der Beginn des Endes einer Periode sich ständig ausweitender und kostspieliger Klimaschutzvorschriften für Unternehmen und Haushalte ist so gut wie jede Definition. Es gab eine Reihe von Rückschlägen für die grüne Sache auf beiden Seiten des Atlantiks.

Für die politischen Entscheidungsträger in den Entwicklungsländern des Ostens, die etwa sieben der acht Milliarden Menschen auf der Welt repräsentieren, stellen diese politischen Herausforderungen für die westlichen Regierungen, die sich der radikalen Klimaagenda verschrieben haben, eine einzigartige Chance dar. Die Entwicklungsländer haben jetzt die Chance, zur Schaffung einer neuen Weltordnung beizutragen, die ihren legitimen Bestrebungen nach einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung und einem besseren Lebensstandard für ihre Bürger mehr entgegenkommt.

Erreicht die grüne Bewegung in Europa ihren Höhepunkt?

Eine kurze Liste von politischen Schlüsselereignissen, die auf den „Höhepunkt der grünen Bewegung“ hindeuten, würde Folgendes beinhalten, ohne dass die Reihenfolge der Bedeutung eine Rolle spielt. Anfang März [beschloss](#) die EU zur großen Verärgerung der EV-Lobby, den Verkauf von Autos mit Verbrennungsmotor, die mit der aus Wasserstoff gewonnenen „E-Fuels“-Technologie betrieben werden (die ihrerseits in großem Maßstab nicht erprobt und sehr [teuer](#) ist), über das Jahr 2035 hinaus zu erlauben, obwohl zuvor ein vollständiges Verbot in der Eurozone geplant war. Dazu kam es nach heftigen Einwänden der deutschen und der italienischen Regierung, die damit auf die Interessen ihrer mächtigen Automobilindustrie reagierten.

Mitte März gingen die niederländischen Wähler an die Urnen und brachten die populistische Bauern-Bürger-Bewegung (BBB) im Senat vor der Regierungspartei in Führung, wodurch die politische Landschaft des Landes [neu definiert](#) wurde. Damit wurden die Pläne der Regierung, die niederländische Agrarindustrie, den zweitgrößten Exporteur der Welt, zu dezimieren, um ein weiteres Umweltproblem zu lösen, zumindest vorläufig auf Eis gelegt. Diesmal sind es die Stickstoffdünger, die Lachgas (N₂O), ein Treibhausgas, in die Atmosphäre freisetzen.

Doch nichts könnte deutlicher auf eine grüne Hochstimmung unter den gemäßigten europäischen Politikern hinweisen als Macrons **Forderung** nach einer „Pause“ bei weiteren Klimaregelungen im vergangenen Monat. In einer Rede vor den Mitarbeitern einer Aluminiumfabrik in Dünkirchen **sagte** er:

„Ich ziehe Fabriken vor, die unsere europäischen Standards, die die besten sind, respektieren, und nicht solche, die noch mehr Standards und immer mehr hinzufügen wollen – aber ohne noch mehr Fabriken zu haben... Wir haben bereits viele Vorschriften auf europäischer Ebene erlassen, mehr als unsere Nachbarn... Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass keine neuen Vorschriften geändert werden, weil wir sonst alle Spieler verlieren.“

Es überrascht nicht, dass Macrons Rede bei den europäischen Grünen und linken Politikern Empörung auslöste. Ein französischer Abgeordneter **bemerkte**: „Macron greift jetzt Wort für Wort dieselbe Rede auf wie die europäischen Rechten und Rechtsextremen, die die Umsetzung des restlichen europäischen Klimapakets verhindern wollen.“ Sogar Ursula von der Leyen – Präsidentin der Europäischen Kommission und Verfechterin des europäischen Green Deal-Ziels der „Klimaneutralität“ bis 2050 – **räumte** als Reaktion auf Macrons Aufruf ein, dass die Gesetzgeber die „Absorptionsfähigkeit“ der Staaten in der EU berücksichtigen müssten, die mit einer Fülle neuer Klimavorschriften aus Brüssel konfrontiert seien.

Wo alles anfing

Im Dezember 1985 wurde Joschka **Fischer**, ohne Krawatte und in Turnschuhen, als hessischer Energie- und Umweltminister vereidigt. Fischer, ein Radikaler aus der linken Studentengeneration der 68er, war von 1998 bis 2005 Außenminister und Vizekanzler im Kabinett von Gerhard Schröder. Fischer war seit den 1970er Jahren eine der führenden Persönlichkeiten der deutschen Grünen, die von Jahr zu Jahr stärker wurden. Ihren Höhepunkt erlebte die Partei in der Regierungskoalition des jetzigen Bundeskanzlers Olaf Scholz. Wirtschaftsminister und Grünen-Chef Robert Habeck schien unaufhaltsam zu sein und führte die Umfragen im Frühjahr und Sommer 2022 an. Habeck hatte keinen Hehl aus seinen **Ambitionen** gemacht, seine grüne Partei bei der Bundestagswahl 2025 zum Sieg zu führen und der nächste deutsche Regierungschef zu werden.

Doch in den letzten Wochen hat sich vieles geändert. Die jüngste Veröffentlichung der monatlichen **DeutschlandTrend-Umfrage** vom 2. Juni ergab, dass die Alternative für Deutschland (AfD) in der Wählergunst bei 18 % liegt und damit gleichauf mit den Sozialdemokraten von Bundeskanzler Olaf Scholz. Norbert Röttgen, ein führender Abgeordneter der Christdemokraten in der Opposition, **bezeichnete** die [Ergebnisse dieser] Umfrage als „eine Katastrophe“ und „ein Alarmsignal für alle Parteien der Mitte“. Im Rahmen der deutschen Koalitionspolitik und des deutschen Verhältniswahlrechts stellt die Popularität der AfD das Mandat

des Regierungsbündnisses in Frage.

Eine [YouGov-Umfrage](#), die eine Woche später (9. Juni) veröffentlicht wurde, ergab, dass 20 % der deutschen Wähler der AfD ihre Stimme geben würden, was sie zur zweitstärksten Partei hinter der Mitte-Rechts-CDU (28 %) und vor der SPD von Scholz (19 %) macht. Der Wiederaufstieg der AfD, einer Partei, die von den Mainstream-Medien unweigerlich als „rechtsextrem“ bezeichnet wird, ging in erster Linie auf Kosten der Grünen, die durch politische [Skandale](#) und eine zunehmend belastende Klimapolitik in den freien Fall geschickt wurden. Während letztere in den letzten zwei Jahrzehnten ein fester Bestandteil der deutschen Politiklandschaft waren, hat sich die Aufregung über die kürzlich [angekündigten](#) Pläne der Grünen, ab dem nächsten Jahr neue Gasheizungen zugunsten teurerer Wärmepumpen zu verbieten, als der sprichwörtliche Tropfen erwiesen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Am 25. Mai hielt Lord Frost die jährliche [GWPF-Vorlesung](#) über das „dunkle Europa“, in der er darauf hinwies, dass die EU auf dem Altar des ausgerufenen „Klimanotstandes“ in „Miserabilismus, Wachstumsschwäche und wirtschaftlichen Niedergang“ versinkt. Am selben Tag wurde gemeldet, dass die deutsche Wirtschaft in eine Rezession eingetreten ist (definiert als zwei Quartale mit negativem Wachstum). Am 8. Juni meldete [Eurostat](#), dass sich auch die EU als Ganzes in der Rezession befindet. Da Europa die Folgen der Sanktionen gegen russische Energieimporte zu [spüren](#) bekommt, die zu steigenden Energie- und Strompreisen, Inflation und Rezession führen, ist die grüne Bewegung in Europa nun in der Versenkung verschwunden. Parteien, die gegen die uneingeschränkte grüne Klimaagenda sind, bilden jetzt Regierungskoalitionen in [Finnland](#) und [Schweden](#) sowie [Italien](#).

Und in den USA?

Auf der anderen Seite des Atlantiks gibt es nur wenige Anzeichen dafür, dass der [„gesamtstaatliche“](#) Vorstoß der Regierung Biden für Netto-Null-Emissionsziele bis 2050 ernsthaft in Frage gestellt wird. Im August wurde das euphemistisch als Inflation Reduction Act (IRA) bezeichnete Gesetz verabschiedet, das einen Tsunami von Subventionen und Steuergutschriften für umweltfreundliche Projekte wie Elektrofahrzeuge, erneuerbare Energien und Batterietechnologien vorsieht. Von einigen als die „wichtigste Klimamaßnahme in der Geschichte der USA“ [bezeichnet](#), prognostiziert das Congressional Budget Office die Kosten des IRA auf etwa 390 Milliarden Dollar über das Jahrzehnt 2022-31. Das [Ways and Means Committee](#) des US-Kongresses geht jedoch davon aus, dass die tatsächlichen Kosten angesichts der nicht gedeckelten Steuergutschriften und der lockeren Kreditbedingungen in der Gesetzgebung wahrscheinlich das Dreifache der CBO-Prognose betragen werden, nämlich 1,2 Billionen Dollar.

Auf lokaler Ebene gibt es in den ländlichen Gebieten Amerikas eine anhaltende Gegenbewegung gegen große Wind- und Solarprojekte. [Robert](#)

[Bryce](#) berichtet seit über einem Jahrzehnt über den ländlichen Widerstand gegen Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien im ländlichen Raum der USA und führt seit 2015 die Renewable Rejection Database. Diese Ablehnung durch lokale Gemeinden steht im Widerspruch zu der Hoffnung, dass die 127 Milliarden Dollar, die im Rahmen des IRA für erneuerbare Energien bereitgestellt wurden, zu einem massiven Anstieg neuer Solar- und Windprojekte führen werden. Landnutzungskonflikte behindern seit Jahren das Wachstum von flächenintensiven Projekten für erneuerbare Energien – sowohl in den USA als auch in Europa. Und je mehr Projekte vorgeschlagen werden, desto mehr ländliche Gemeinden erheben Einspruch.

Die frontalste Herausforderung für den Moloch des [Klimaindustriekomplexes](#) in den USA ist jedoch der Vorstoß der Generalstaatsanwälte der republikanischen Bundesstaaten gegen die Einführung von ESG-Investitionsstrategien (Environmental, Social and Governance) durch den Unternehmenssektor. Im Januar veröffentlichten einundzwanzig Generalstaatsanwälte ein [Schreiben](#) an die beiden größten Beratungsunternehmen für Stimmrechtsvertreter, Institutional Shareholder Services (ISS) und Glass, Lewis & Company, die den US-Markt für die Beratung von Stimmrechtsvertretern in den USA beherrschen. Sie haben großen Einfluss darauf, wie institutionelle Aktionäre im ganzen Land über Unternehmensbeschlüsse abstimmen. In dem Schreiben warnen die Generalstaatsanwälte vor möglichen Verstößen gegen die Treuepflicht und das Kartellrecht. Die Stimmrechtsberater könnten gegen ihre gesetzlichen und vertraglichen Pflichten gegenüber ihren Kunden verstoßen haben, indem sie fossile Brennstoffe diskriminierten und sich bei dieser sektorbezogenen Diskriminierung untereinander absprachen.

Angesichts potenzieller Rechtsstreitigkeiten aus Gründen der Treuepflicht und des Kartellrechts sind mächtige ESG-Treiber, die Verhaltensänderungen im Unternehmenssektor [erzwingen](#), wie Larry Fink, CEO von [BlackRockBLK](#) (-1,2 %), inzwischen etwas [milder](#) geworden. Als selbsternannter [Prophet](#) der Geschäftswelt hatte er in seinem Brief an die CEOs im Jahr 2020 implizit vor seinem Votum gegen Unternehmensvorstände und Führungskräfte [gewarnt](#), die nicht gewissenhaft über „Pläne zur Erreichung von Netto-Null bis 2050“ berichten. Als Chef des weltgrößten Investmentfonds mit einem verwalteten Vermögen von 8,5 Billionen Dollar räumt er nun bescheiden ein, dass „es Sache der Regierungen ist, Politik zu machen und Gesetze zu erlassen, und nicht der Unternehmen, einschließlich der Vermögensverwalter, die Umweltpolizei zu spielen“.

Nach dem ESG-Rückschlag in den USA haben nun mindestens sieben Mitglieder (darunter fünf der acht Gründungsunterzeichner) der vom UN-Klimabeauftragten Mark Carney ins Leben gerufenen Net-Zero Insurance Alliance die Gruppe [verlassen](#). Die größten europäischen Versicherer wie AXA, Allianz, Swiss Re, Munich Re, Zurich Insurance und Hannover verließen die Gruppe unter Androhung eines Kartellverfahrens. Im September [drohten](#) große Wall Street-Banken, die ebenfalls von Carney gegründete Net Zero Financial Alliance wegen rechtlicher Risiken zu

verlassen. [Morgan StanleyMS](#) -1,1 %, JPMorgan und Bank of [AmericaBAC](#) -0,6 % gehören zu den führenden Banken, die einen Ausstieg erwägen, da sie befürchten, wegen der strengen Dekarbonisierungs-Verpflichtungen der Allianz verklagt zu werden“. Die grüne Bewegung in den USA zeigt Anzeichen dafür, dass sie ihren Höhepunkt erreicht hat, zumindest im Hinblick auf den Schwung, den ihr [Trojanisches Pferd](#) namens ESG erreicht hat [dieser Beitrag steht in deutscher Übersetzung [hier](#)].

Entwicklungsländer: Wo stehen sie?

Schon bei den ersten UN-Verhandlungen, die 1992 auf dem „Earth Summit“ in Rio de Janeiro im Rahmen des Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) begannen, vertraten führende Entwicklungsländer wie China, Indien, Brasilien und Südafrika die Position der „Dritten Welt“. Die Entwicklungsländer trugen „gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung“. Dies bedeutete, dass die Industrieländer (in erster Linie der Westen, aber auch seine Verbündeten, darunter die Industrieländer Japan und Südkorea) verbindliche Verpflichtungen zur Verringerung der Kohlenstoff-Emissionen um bestimmte Mengen innerhalb eines bestimmten Zeitraums eingingen (die angeblich von der „Wissenschaft“ vorgegeben wurden). Die Entwicklungsländer hatten nicht nur keine verbindlichen politischen Verpflichtungen, sondern sollten auch beträchtliche Unterstützung in Form von „Klimafinanzierung“ erhalten, um die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung daran zu fördern.

Der restliche Beitrag steht [hier](#).

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2023/06/17/peak-green-in-the-west-what-it-means-for-the-east/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Auch Brikettmangel 2022 ist Folge grüner „Klimaschutzpolitik“

geschrieben von Admin | 19. Juni 2023

Grüne Politik und spezielle Manager-Entscheidungen bei RWE verschärfen noch die Gas- und Heizölknappheit

von Werner Eisenkopf

Wer für seinen Ofen im Herbst 2022, Briketts aus Braunkohle sucht, diese in Märkten nicht mehr vorfindet und dann auf die Webseite von UNION-Briketts (gehört zur RWE-Gruppe) geht, kann dort derzeit aktuell staunend den folgenden Text lesen:

„Liebe Kundinnen und Kunden,

im Juli 2020 haben Bundestag und Bundesrat das Kohleausstiegsgesetz verabschiedet, das auf den Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung beruht. Danach soll der Kohleausstieg in Deutschland bis zum Jahr 2038 erfolgen. Entsprechend der Festlegungen des Ausstiegsfahrplanes wird unser Unternehmen die Produktion der Braunkohlenbriketts bis zum 31.12.2022 einstellen. Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende.

Auf Grund der aktuellen Marktlage kann es im Handel aber bereits jetzt zu Engpässen kommen. Direktbelieferungen an Verbraucher bieten wir nicht an.

Wir bedanken uns für Ihre langjährige Treue und verbleiben mit einem herzlichen Glückauf!

Rheinbraun Brennstoff GmbH“

Im Oktober und November 2022, sollte wegen des Mangels und der hohen Preise von Gas und Öl, eigentlich jede Möglichkeit genutzt werden, um an diesen Brennstoffen zu sparen. Doch in einem Deutschland, was immer stärker auf eine „grüne Planwirtschaft“ hinsteuert, ist sowas offenbar nicht mehr möglich. Völlig von der Realität abgehobene Politik und auch noch Managerscheidungen in der Wirtschaft dazu, die schlichtweg Anbiederungen an aktuelle Politikmoden sind, haben frühere Beweglichkeiten erstarren lassen.

Ausländische Spötter amüsieren sich über einen als besonders „deutsch“ geltenden Wesenszug seit Feudalzeiten, dem „vorausseilenden Gehorsam“ nun auch im Klimawahn. Ein früher mal, vor der Energiekrise und dem Ukrainekrieg, begeistert ob der ach so wichtigen und hehren „Weltrettung“ beschlossene Kohle-Ausstiegspolitik, muss natürlich in Deutschland jetzt auch in der Krise, trotzdem genauso durchgezogen werden. Das ist neben Atomkraft, dieses „Deutschland-spezial“ was kein Normalbürger eines Nachbarlands noch wirklich verstehen kann.

Doch mal der Reihe nach. In deutschen Haushalten und auch in den Nachbarländern, werden die Häuser und Wohnungen, überwiegend mit Gas und Heizöl geheizt. Dazu kommen noch additiv einige weitere Formen von Hausheizungen. Hierbei sind z.B. Wärmepumpen und Holzheizungen völlig

unterschiedlich konzipiert. Unter dem Sammelbegriff „Holz“ unterscheiden sich wiederum unterschiedliche Varianten voneinander. Pellets und Holzhackschnitzel sind noch eher weniger verbreitet. Dann gibt es die Holzvergaser sowohl separat als auch additiv zusätzlich zu Ölheizungen dazu. Die verbreitetste Form sind aber diverse Kohle und/oder Holz befeuerte Öfen, in vielen Arten und Varianten.

Laut einer vielfach verbreiteten „offiziellen“ Zahl, gäbe es in Deutschland angeblich ca. 1 Million Haushalte mit Holzöfen/Holzheizung und diese ungleich stärker auf den Land, als in Stadtgebieten. Als alleinige Heizart, ist Holz nicht so stark verbreitet. Dies liegt vor allem an der Tatsache, daß man bei Holzöfen je nach Typ, mehr oder weniger schnell wieder neue Scheite als Brennstoff nachlegen muß, sonst brennt das Feuer nieder und geht irgendwann aus. Dann wird es aber kalt. Grund- und Kachelöfen, sind darin komfortabler, aber auch sehr teuer in der Anschaffung, mit individuellem Einbau in das jeweilige Haus. Meistens wird Holz aber in den verschiedenen Öfentypen verfeuert. Diese Unterschiede zu erklären, würde hier nochmal einige Absätze erfordern.

Vorhandene und meistens additive Holzheizungen erlauben je nach Gegend und lokalem Klima, die Dauer einer Heizperiode zu verkürzen. In der sogenannten Übergangszeit, die in kalten Gegenden bereits im September beginnen kann und nach dem Winter bis in den Mai hineingeht, verringern solche Holzheizungen/Öfen tatsächlich die Tage voll laufender Zentralheizungen mit Gas oder Öl. Jeder einzelne Tag länger, in der solche Öfen noch das jeweilige Haus warm genug machen und den winterlichen Dauerheizungslauf verzögern, sparen jeweils andere Brennstoffe. Sparen Gas und Öl, damit also auch Geld. Gerade jetzt, in der Mangellage und den hohen Preisen, während des laufenden Ukrainekriegs, kommt so schon eine gewisse Menge an Ersparnis in ganz Deutschland zusammen. „Jeder Liter zählt“ war doch so ein Politspruch.

In den Öfen, wo dies bauartmäßig möglich ist, wird aber nicht nur Holz verbrannt, sondern auch Kohle. Dies meistens in Form von Braunkohle-Briketts. Bekannte Markennamen davon sind UNION (Rheinland) und REKORD (Lausitz). Die Marke UNION und alle bisherige Brikettfertigung in Frechen bei Köln, soll aber zum Jahresende 2022 auslaufen und beendet werden. Dies nicht etwa wegen mangelndem Kundeninteresse, sondern als politische Detail-Entscheidung zum „Kohleausstieg“ wegen „Klimaschutz“ und natürlich der allerwichtigsten Weltklimarettung..

Daß nun in Frechen bei Köln, eine bereits fast 100 Jahre lang laufende Produktion von UNION-Briketts ausgerechnet jetzt beendet werden soll, wo man wegen der Krise, eigentlich jedes Stückchen Brikett braucht, um Gas und Öl zu sparen, ist nicht nur Politik. Es ist zugleich ein krasses Managerversagen bei RWE, der Mutterfirma dieser Braunkohle-Herstellung.

Das Management von RWE hat der neuen schwarz-grünen Regierung in NRW, eine „Morgengabe“ gespendet. Dafür, daß man derzeit krisenbedingt wieder mehrere schon stillgelegte Kohlekraftwerke für Strom wieder anheizte,

soll dafür der „Kohleausstieg“ im Rheinischen Revier, nochmals beschleunigt werden. „Kohleausstieg“ bedeutete erst mal nach viel Gezänk, das Jahr 2038. Dann 2035 und nun ganz neu im CDU/GRÜNEN Nordrhein-Westfalen, sogar angepeiltes Jahr 2030. Die Grünpolitik im Sauseschritt und dazu der „vorausseilende Gehorsam“ von Wirtschaftsteilen wie RWE nochmal als Beschleuniger. Daß dabei sowohl 200 hochwertige Arbeitsplätze als auch Versorgungssicherheiten auf der Strecke bleiben, wird einfach hingenommen.

Wenn das Management von RWE wenigstens noch ansatzweise auf die Realitäten reagieren würde, müßten sie eigentlich die geplante Schließung der Frechener Brikettfabrik, zum Jahresende 2022 aussetzen. Sie müßten eigentlich die Brikettfertigung dort fortsetzen, bis sich die derzeitige Krisenlage etwas entspannt hat. Doch bei dem „Grüngeklüngel“ mit der „frischen“ schwarz-grünen NRW-Landesregierung, ist dies offenbar ausgeschlossen. „Grün“ und „Kohle“ ist ja fast schon wie Materie und Antimaterie. Wo diese aufeinandertreffen, knallt es sofort. Dazu bemühen sich sowohl SPD, als auch CDU, in solchen Regierungen, die Grünen darin sogar möglichst noch „linksgrün“ zu überholen.

Doch zurück zur Kohle. In all den früheren Jahren, gab es im Herbst in allen Supermärkten und Baumärkten, Sonderangebote mit Braunkohle-Briketts. Meisten in 10kg-Packungsgrößen und zu Preisen zwischen 2,49 – 3,99 €. In Baumärkten und im regionalen Landhandel, bekam man vorrangig 25kg Packungen, zu Preisen zwischen 5,99-7,99 €. Dies war einmal. Heute ist alles um das mehrfache teurer, wenn es überhaupt noch Briketts gibt. Gerade im Harz von Sachsen-Anhalt, wo es noch seit DDR-Zeiten eine beachtliche Menge an älteren Häusern, nur mit Holz- oder Kohleheizung gibt, wurden im Herbst 2022, in keiner einzigen Supermarktkette, überhaupt noch Briketts aus Braunkohle angeboten. Lediglich sogenannte „Holzbriketts“ und für Öfen ungeeignete „Grillkohlen“ aus Buchenholz, waren im Angebot.

Gerade bei vielen betroffenen alten Leuten, war dies ein nie erlebter Schock. Selbst in den härtesten einstigen Kriegszeiten, gab es trotzdem irgendwie immer wenigstens Grundmengen an Kohle. Doch im „besten Deutschland aller Zeiten“ und ausgerechnet bei Putins Gasstopp wie zugleich Mondpreisen beim Heizöl, sind Briketts kaum bis gar nicht erhältlich. Die Lausitzer Brikettfertigung läuft zwar noch, aber wenn man dort Kohle übers Internet bestellt, kosten bei REKORD aktuell 10 kg bis zu 35 €, wenn überhaupt etwas käuflich ist. In fast allen Baumärkten, gibt es derzeit gar keine Briketts aus Braunkohle. Dies wird nach dem geplanten Produktionssende bei UNION in Frechen zum Jahresende 2022, ja noch knapper und schlimmer.

Des weiteren wurde auch in Tschechien eine Braunkohlegrube geschlossen. Dazu exportiert auch Polen, derzeit kaum Kohle aus seinen Gebieten, um möglichst alles nur im eigenen Land zu verfeuern. Doch muß hierbei auch noch zwischen der bisher besprochenen Braunkohle und der höherwertigen

Steinkohle unterschieden werden. Steinkohle heizt noch besser als Braunkohle, darf aber nur in dafür geeigneten Öfen verwendet werden. Dies sind dann meistens sogenannte ‚Dauerbrennöfen‘ von Firmen wie Haas&Sohn, im hessischen Sinn, nahe Wetzlar.

Eigentlich ist dies alles keine Überraschung. So hat doch die Politik fast aller Parteien unisono schon jahrelang getönt, daß man „aus den fossilen Brennstoffen aussteigen“ wolle, wegen Klimaschutz. Dann mußte es ja irgendwann so kommen. Putin war da nur „Brandbeschleuniger“ aber die eigentliche Ursache lag und liegt in der schon vorherigen deutschen „Klima-Politik“ selbst.

Anstatt also hier mit wenigstens genügend Briketts, für eine Entlastung bei Gas und Öl mitzuhelfen, setzt der grüne Bundesminister Habeck (BMWK) auf eine 15 Millionen Euro teure Werbekampagne bis 2026, in der man Bürgern mit teils lächerlich wirkenden Verzicht-Ratschlägen, ein Motto vorgaukelt: „Jeder Beitrag zählt. Damit wir gut durch den Winter kommen.“

Weitgehend unbekannt, besonders bei den „Fridays“ und jungen Klimahüpfern, ist die Historie der Kohleverbrennung. Diese wurde nämlich damals zur Rettung der Wälder. Die vorher benutzte Holzkohle, führte in ganzen Gegenden zur faktischen Entwaldung. Daß also die Umstellung von Holzkohle auf Stein- und Braunkohle, dann zu einer Erholung und Wiederaufforstung vieler Wälder führte, wollen heutige „Klimaschützer“ partout nicht wahrhaben. Sie haben darin sozusagen, „Briketts anstatt Bretter vor dem Kopf“ und sind sogar noch stolz darauf!

Zum Abschluß dieses Artikels noch ein Wort zum „Feinstaub“ und der Verteufelung von Holz und Kohleverbrennungen bei Hausheizungen. Die immer schärferen Emissionsvorschriften, steuern darauf hin, daß man irgendwann durch irgendeine aberwitzige neue EU-Vorschrift, sogar beim Familiengrillen auf der Terrasse, wohl ‚CE-zertifizierte‘ Gasmasken aus Militärbeständen tragen muß, weil sonst man angeblich am Feinstaub elendig stürbe. Je mehr solche Panikmache, mit immer mehr angeblichen Toten durch Staub und Emissionen als Horror beklagt werden, desto rätselhafter wird die Vergangenheit. Noch in den Jahren bis 1970 waren in vielen Häusern noch Unmengen an Kohleöfen in Betrieb. Überall rauchten Schornsteine an Häusern und Fabriken. Dazu die vielen Dampflok überall im Lande. Wie konnten die armen Menschen damals bloß dies Alles überleben? Hätten wir gemäß der heutigen Feinstaub-Horrorwarnungen und Grenzwerte, denn nicht bereits vor 50 Jahren restlos aussterben müssen?

So war damals überall die Realität. Warum steht dann nicht in den Annalen, daß die Menschen damals bei solchen Rekord-Emissionen, reihenweise schon als Kinder verstorben seien? Nach den heutigen Grenzwerten und Panikmachen, hätte früher ja kein Mensch jemals älter als 20 Jahre werden dürfen, bis der „Staubtod“ erbarmungslos hätte zuschlagen müssen? Das bleibt also rätselhaft, es sei denn man glaubt einfach nicht so leicht all das Zeugs, was gewisse „Fachleute“ uns dazu

erzählen und was einem „Verein“ wie der DUH (Deutsche Umwelthilfe) über Gerichtsklagen und Lobbyarbeit, ganz „legale“ Einnahmen in Millionenhöhe beschert. Einem DUH-Geschäftsmodell bei deren Erpressungen, Erträgen und trotzdem noch „Legalität“ in Deutschland, bereits die italienische Mafia, angeblich sehr neidisch geworden sein soll.

Ketzerisch könnte man dann auch denken, wenn es im Mittelalter schon die heutigen „GRÜNEN“ gegeben hätte, wäre das Auto sicherlich nie entwickelt worden und damit auch keine Elektroautos. Wir führen dann wohl noch heute mit Pferdekutschen herum. Doch auch am Rhein wäre dann wohl leider keine einzige der schönen Burgen jemals gebaut worden, weil ja grüne „Bauvorschriften“ solche Burgen als „Gebäude im Außenbereich“ dann sicherlich baurechtlich konsequent untersagt hätten. Da haben nostalgische Burgfreunde, ja nochmal ganz knapp Glück gehabt...

=====

<https://www.union-original.com/de>

Europas unersättlicher Gasbedarf, von der hoffnungslos launischen Windkraft angetrieben, treibt die Preise in ungeahnte Höhen

geschrieben von Andreas Demmig | 19. Juni 2023

Stophthesethings

Gasproduzenten lieben Windkraft wegen ihrer hoffnungslosen Fehlleistung. Es gibt kaum ein besseres Beispiel als die bereits monatelang anhaltende Windflaute in Europa, um die Leistung der Windenergie als grüne Phantasie bloßzustellen.

Weitere grüne Stromausfälle sind zu

erwarten!

geschrieben von Chris Frey | 19. Juni 2023

Editorial, The Wall Street Journal

Wenn die großen Stromausfälle einsetzen, sage niemand, dass die Amerikaner nicht gewarnt waren!

Man sollte meinen, die Stromausfälle in Texas würden ein Nachdenken über die Verwundbarkeit des amerikanischen Stromnetzes auslösen. Nicht im heutigen Tollhaus der Klimapolitik. Die Biden-Regierung ist bereits dabei, zur Förderung unzuverlässiger Energiequellen eine Untersuchung der Netzanfälligkeit zu stoppen.

Solide Gründe, die gefährlichen Pläne der Umwelt-Radikalen aufzuhalten

geschrieben von Chris Frey | 19. Juni 2023

Joseph D'Aleo, CCM

[Vorbemerkung des Übersetzers: Hier wird ausnahmsweise mal COVID-19 mit keinem Wort erwähnt. Dennoch sollten die hier geschriebenen Fakten immer wieder betont werden! – Ende Vorbemerkung]

Regierungsagenturen, Energie-Unternehmen und andere große Industriebereiche verstärken ihre Unterstützung für Dekarbonisierungsprogramme nebst der entsprechenden Politik (darunter Steuerpolitik, vorgeschriebene Reduktion unseres Verbrauchs fossiler Treibstoffe usw.) Dies hat sich inzwischen als katastrophal erwiesen – überall dort, wo diese unkluge, radikale Agenda umgesetzt wird.